

[illegible]

**2. Nachschliche Übernahmen gem. § 9 Abs. 4 BauBG und sonstiger V.m.W.**

**2.1 Allgemein:**  
Es wird darauf hingewiesen, dass die Straßenführung (D2-Blinde) v.l. v.m.W. den Abschneidebereich für Angewandtheit zu beachten ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Bewirtschaftung der an den Planungsmassnahmen intendierten landschaftlichen Nutzungen insbesondere zur Vegetationsbindung und zum Zufahrt der ebenfalls zwangsläufig erforderl. Staub- und Geruchsaussmissionen aufhalten können. Dieses ist unvermeidbar und also akzeptibel hinzunehmen.

**2.2 Erschließung:**  
Bei der Ver- / Teilsanierung ist auf die vorhandenen erforderlichen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Sachschäden in der Form von Verengungen oder Versagen von Handt auszuweichen. Die vorhandenen Leitungen sind möglichst zu integrieren. Die Bauelemente mit dem Netzbetreiber der EWE, Telefon (0442 100 100) in Verbindung setzen. Dieser der Verlust der Versorgung zu vermeiden.

Bei Arbeiten im Bereich der Telekommunikationsleitungen der EWE muss ein Abstand eingehalten werden, der eine Schädigung ausschließt. In Leitungsstraßen sind die Erhaltung und die Umgestaltung von Handt mit äußerster Vorsicht, zum Beispiel in Ökonobau, Tel. 0442 10098-930, durchzuführen.

**2.3 Bundesstraßen:**  
Im Abstand von 40 m – 100 m von befestigten Fahrbahnen (Standstraßen) der Bundesstraßen 36 (Bundesstraßen) dürfen Vorhaben in der Nähe der Fahrbahn durchgeführt werden. Die Zustimmung der Straßenverkehrsverwaltung einholen (z.B. Abs. 4, FStBG). Entwurfsmäßig sind längliche Abgrenzungen und Einfriedungen fallen ebenfalls unter die Vorbehalte des § 9 Abs. 4.

Von den Bundesstraßen 36 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenabstimmung keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsausmaßes geltend gemacht werden.

**2.4 Landesstraßen:**  
Im Abstand von 20 Metern zur Stadtgrenze ist eine Bauvorhabenzone festzusetzen. In diesem Bereich dürfen Vorhaben in Blöcken zur Straße nicht ohne Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden.

Von der Landesstraße 108 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenabstimmung keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsausmaßes geltend gemacht werden.

**2.5 Verkehrsamt:**  
Planung ist auf der Verkehrsamt vorzubereiten, das passive:  
- Schallschutzmaßnahmen gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ erforderlich sind, die DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ (Beitrag) / Beileh entstehen und eine technische Baumaßnahme durch das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit beantragt werden (Nds. Ministerpräsident 1. 5. 259, geändert Nds. Ministerpräsident 2005, S. 841).

**2.6 Bestehende Fremdstörungen:**  
In der Nähe von Stromleitungen Hochspannungslinien sind mit elektromagnetischen Beeinträchtigungen zu rechnen. Die DB Energie fordert entsprechende Einrichtungen nach den Kriterien der erforderlichen Abschirmung. Die DB Energie haftet nicht für Schäden an Objekten, die infolge Wellenferneffekte, z.B. von den Stromseilen heratendentes Eis ausfallen.

Im Hinblick auf die durchzuführenden Vorhaben wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass jede Anordnung an den Stromleitungen Teile der 115 kV-Bahnstromleitung (inklusive von Bäumen, Mobiltelefonen, Gerätschaften usw.) mit Lebensgefahr verbunden ist. Die DB Energie fordert getrennte Halterung für Schäden, die nicht von den auszuführenden Bauelementen in Zusammenhang stehen.

Der Schutzanforderungen der Bahnstromleitung unterliegt aus Sicherheitsgründen u.a. einer Aufwandsbeschränkung. Dies bedeutet, dass auch künftig Bäume und Sträucher gepflanzt bzw. gefällt werden müssen, um jederzeit einen sicheren Energieertrag zu gewährleisten. Bei der Neupflanzung sowie bei der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten ist dies zu berücksichtigen.

**2.7 Bodennutzungen:**  
Archäologische Bodennutzungen gem. § 14 Abs. 1 Nds. Denkmalschutzgesetz (DSchG) werden, und diese gemäß § 14 Abs. 1 Nds. Denkmalschutzgesetzes (DSchG) maßgebend sein müssen. Unter dem Denkmalschutzgebiet des Landesrechnungswegs (Nds. Denkmalschutzgesetz) ist der Bodennutzungen der Bodennutzungen und Fundamenten sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Monaten nach der Abgabe von Befreiung zu lassen, bis für ihre Nutzung in Frage zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vor der Fortsetzung der Arbeit getätigt.

Der Rat der Stadt Melle hat den Bauabzug nach Prüfung der Böden und Anzeigen gem. § 12 BauBG (Bau) an einer Sitzung am 15.10.2014 als Zustimmung (Zust.) und somit die Begründung beschlossen.

Melle, am 05.11.2014  
I.S.  
gez. Scholz  
Bürgermeister

Der Bauabzug ist gem. § 10 Abs. 3 BauBG am 29.11.2014 offiziell bekannt gemacht worden.  
Der Bauabzug ist somit am 29.11.2014 rechtsverbindlich geworden.

Melle, den 01.12.2014  
I.S.  
gez. Scholz  
Bürgermeister

Inwieweit eines, Jahren nach Inkrafttreten des Bauabzugs ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 – 3 BauBG) nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 BauBG).

Melle, den .....  
Bürgermeister



# Bebauungsplan

## "Industriegebiet Drantum"

Stadtteil: Melle - Mitte